

Postulat Fraktion SVP/JSVP (Peter Bühler/Manfred Blaser, SVP) vom 24. April 2008: Einführung eines Onlineschalters auf der Website der Stadt Bern; Fristverlängerung

In der Stadtratssitzung vom 29. Januar 2009 wurde das folgende Postulat Fraktion SVP/JSVP erheblich erklärt:

Was in vielen Gemeinden in unserem Lande gang und gäbe ist, fehlt leider auf der Website der Stadt Bern, nämlich ein Onlineschalter für kleinere Amtsgeschäfte unserer Bevölkerung. Es ist schon etwas erstaunlich, dass eine wirklich gut aufgebaute Website wie jene der Stadt Bern diese Dienstleistung nicht anbietet. In anderen Städten wie zum Beispiel Zürich, Winterthur und Basel besteht dieses Angebot bereits und wird von der Bevölkerung rege genutzt. Hier einige Beispiele, was die Stadt Zürich ihrer Bevölkerung so via Onlineschalter alles anbietet:

Adressauskünfte, Adresssuche Stadtverwaltung, Adressänderung Personenmeldeamt, Anerkennungsbestätigung für in der Stadt Zürich anerkannte Kinder, Ausweis über den registrierten, Familienstand, Bau- und Zonenordnung, Bescheinigung über Tatsachen aus den Registern, Bestattungskosten-Rechner, Ehe-Urkunde, Ein- und Auszugsanzeigen, Einbürgerung, Entsorgungskalender, Familienausweis, Familienschein, Formulare nach Themen, Geburtsurkunde, Geodaten und Pläne, Handlungsfähigkeitszeugnis, Heimatausweis, Heimatschein, Jobs Stadt Zürich, Laufbahnberatung, Mittagsbetreuung Tarifberechner, Naturschulen (Anmeldung), Parkkarten online beziehen, Persönlicher Entsorgungskalender, Personenmeldeamt Online Schalter, Personenstandsausweis, Register der Datensammlungen (Datenschutz), Schutzraumberechnung bis 200 SP, SMS-Abos, Sportabo online, Stadtplan, Steuererklärung Fristerstreckung, Todesurkunde, Velotest, VBZ Online Fahrplan, Wohnsitzbestätigung, Zusatzleistungen zur AHV/IV (Online-Prüfung).

Aus diesem Grund wird der Gemeinderat aufgefordert, alles Nötige in die Wege zu leiten, um der Bevölkerung der Stadt Bern diesen Service bis Ende Jahr ebenfalls anzubieten.

Bern, 24. April 2008

Postulat Fraktion SVP/JSVP (Peter Bühler/Manfred Blaser, SVP), Ueli Jaisli, Rudolf Friedli, Roland Jakob, Peter Bernasconi, Erich J. Hess, Beat Schori, Thomas Weil, Dieter Beyeler, Lydia Riesen-Welz

Bericht des Gemeinderats

Der Auf- und Ausbau elektronischer Dienstleistungen von staatlichen Institutionen an die Bevölkerung ist in einer ständigen Entwicklung begriffen. Eine im Oktober 2009 veröffentlichte, breit angelegte Untersuchung von gfs.bern hat festgestellt, dass das E-Government-Angebot der Kantone und grösseren Städte in der Schweiz besser wird und systematisch, aber nicht dramatisch ausgebaut wird. Es zeigt sich, dass die Entwicklung stetig vorangetrieben wird, dass der öffentlichen Hand jedoch oft die Mittel fehlen, um grosse Fortschritte erzielen oder umfassende, integrierte Lösungen in raschem Tempo umsetzen zu können. Diese Befunde

dürften im Wesentlichen auch auf die Stadt Bern zutreffen. Die Studie von gfs.bern konstatiert zwei weitere Herausforderungen, die bis zu einer vollständigen Realisierung der „elektronischen Verwaltung“ zu bewältigen sind: Einerseits bestehen im Hinblick auf die Datensicherheit nach wie vor gewisse emotionale und technische Bedenken. Andererseits stellt die Integration der verschiedenen staatlichen Ebenen insbesondere im kleinkammerigen, sehr föderalistisch geprägten Schweizer Staatsaufbau eine besondere Hürde dar.

Gemäss einer Studie der seven49.net GmbH (Zug) vom August 2009 rangiert der Internetauftritt der Stadt Bern im internationalen Vergleich (Deutschland, Österreich, Schweiz) im Mittelfeld. Besser als Bern werden insbesondere die Auftritte von Bonn, Wien, Zürich, Winterthur, Stuttgart und Hamburg qualifiziert. Leicht vor Bern rangieren auch St. Gallen, Köniz und Basel. Andererseits steht Bern besser da als etwa Berlin, Thun, Luzern, München, Leipzig, Dortmund, Innsbruck, Lugano, Sion, Lausanne, Neuenburg, Chur, Freiburg oder Biel.

Der Gemeinderat ist wie der Stadtrat der Meinung, dass die Möglichkeiten für den elektronischen Verkehr zwischen Stadt und Bevölkerung weiter ausgebaut werden müssen. Er hat deshalb im Jahr 2009 bei der Stadtkanzlei eine Stelle geschaffen, welche sich vornehmlich mit der gesamtstädtischen Koordination von E-Government beschäftigt (einschliesslich des Aufbaus einer elektronischen Geschäftsverwaltung, welche eine Voraussetzung für fortgeschrittene Online-Dienstleistungen darstellt). Das städtische Polizeiinspektorat, welches bereits heute eine Vielzahl von elektronischen Dienstleistungen anbietet, erarbeitet zurzeit ein Konzept zur Systematisierung und zum weiteren Ausbau der Angebote. Es ist geplant, im Jahr 2010 auch eine gesamtstädtische, übergreifende E-Government-Strategie in Angriff zu nehmen. Alle diese Arbeiten sowie deren Umsetzung erfordern jedoch zeitliche und finanzielle Ressourcen, welche in der Stadtverwaltung nur teilweise zur Verfügung stehen.

Ein Online-Schalter, wie ihn das Postulat anregt, besteht in der Stadt Bern teilweise bereits. Der weitere Ausbau von E-Government, der auch dazu führen wird, dass künftig vermehrt ganze Transaktionen elektronisch abgewickelt werden können, stellt eine ständige Herausforderung für die Verwaltung dar. Er wird jedoch noch längere Zeit in Anspruch nehmen, bis er als konsolidiert bezeichnet werden kann. Aus diesem Grund beantragt der Gemeinderat dem Stadtrat, die Frist zur Berichterstattung bis 31. Dezember 2011 zu verlängern.

Antrag

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom Bericht des Gemeinderats zum Postulat Fraktion SVP/JSVP vom 24. April 2008: Einführung eines Onlineschalters auf der Website der Stadt Bern; Fristverlängerung.
2. Er verlängert die Frist zur Berichterstattung bis 31. Dezember 2011.

Bern, 9. Dezember 2009

Der Gemeinderat